

An
attac münchen
Schwanthalerstr. 80
80336 München

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de
08.07.2010 fr/wag

Ihr Offener Brief

Sehr geehrter Herr Ludwig,

herzlichen Dank für Ihren Brief. Gerne komme ich Ihrer Bitte um Stellungnahme nach.

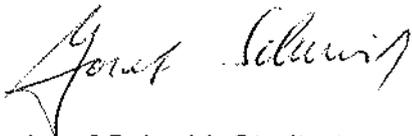
PPP: Wie Sie sicher wissen, ist PPP in München kein Thema mehr. Mit Beschluss vom 22.07.2009 hat der Stadtrat die beiden möglichen Pilotprojekte in zwei Schulzentren aufgrund einer negativen Machbarkeitsstudie eingestellt.

Ich denke aber, dass PPP nicht so negativ ist, wie Sie es sehen. Natürlich haben die Anbieter immer ein wirtschaftliches Interesse. Das gilt aber auch für die Kommunen, die sich für PPP interessieren. Beides ist ja auch legitim. Es kommt daher im Einzelfall auf die Vertragsgestaltung an, bei der es natürlich nicht sein kann, dass ein Partner vom anderen über den Tisch gezogen oder gar die kommunale Selbstverwaltung ausgehebelt wird.

Ich möchte hier noch einen Aspekt ergänzen, den Sie in Ihrem Schreiben unerwähnt lassen, der aber im Zusammenhang mit kommunaler Selbstverwaltung angeführt werden muss: die Ausgliederung kommunaler Aufgaben in privatrechtlich organisierte Gesellschaften. Auch wenn diese zu 100 Prozent in kommunaler Hand bleiben, ist hier nämlich schon Realität, was sie bei PPP befürchten: der fortschreitende Verlust demokratisch legitimer Kontrolle. Die gewählten Volksvertreter sind in den Aufsichtsräten nur noch mit wenigen Kolleginnen und Kollegen vertreten, die zudem durch rechtliche Bestimmungen einer sehr weitgehenden Verschwiegenheitspflicht unterliegen und ihre Kolleginnen und Kollegen nicht informieren dürfen. Abgesehen davon werden viele Entscheidungen nicht im Aufsichtsrat getroffen, sondern obliegen alleine der Geschäftsführung. Gründen diese kommunalen Töchter weitere Gesellschaften, entfernt sich die Kontrolle noch weiter, teilweise haben diese Enkel- und Urenkelgesellschaften schon gar keine Aufsichtsräte mit Beteiligung eines gewählten Volksvertreters mehr. Ob dies noch mit dem Grundsatz kommunaler Selbstverwaltung übereinstimmt oder ob wir hier nicht Gefahr laufen, weite Bereiche der Daseinsvorsorge der demokratischen Kontrolle zu entziehen – immer mit dem Argument, eine privatrechtliche Organisationsform sei wirtschaftlicher und kostengünstiger - stelle ich zur Diskussion.

Zur Informationsfreiheitssatzung: Die Gemeinden Prien am Chiemsee, Bad Aibling, Passau und Pullach im Isartal haben bereits in den letzten Jahren entsprechende Satzungen erlassen. Erstaunlicherweise tut sich Rot-Grün in München bei diesem Thema schwer. Ein Vorstoß aus den Reihen des Stadtrates, den die CSU-Stadtratsfraktion unterstützt hat, wurde seitens der SPD bzw. des Oberbürgermeisters Ude kritisch gesehen. Der entsprechende Beschlussvorschlag zum Erlass einer IFS wurde daher auf Betreiben von SPD und Grünen dahingehend verändert, dass zunächst die Erfahrungen der Gemeinde Prien am Chiemsee evaluiert werden sollte. Damit heißt es also weiter warten für die Bürgerinnen und Bürger.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Josef Schmid', written in a cursive style.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender